Stand: 14.07.2025 01:02:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/6566

"Digitale Bildung VI - Digitale Grundbildung für alle Schülerinnen und Schüler"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/6566 vom 19.02.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/8682 des BI vom 14.05.2020
3. Beschluss des Plenums 18/10380 vom 08.10.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 08.10.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 19.02.2020 **Drucksache 18/6566**

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Annette Karl SPD**

Digitale Bildung VI – Digitale Grundbildung für alle Schülerinnen und Schüler

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie sichergestellt wird, dass alle Schülerinnen und Schüler in Bayern am Ende der Schulpflicht über eine digitale Grundbildung verfügen.

Begründung:

Schülerinnen und Schüler wachsen mit digitalen Medien auf und nutzen diese meist unbefangen und vielseitig. Zudem sind zeitgemäße Bildungs- und Arbeitsprozesse ohne die Nutzung digitaler Technologien kaum denkbar, ebenso wenig wie die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Deshalb ist der systematische, nachprüfbare Erwerb einer digitalen Grundbildung Aufgabe aller Schulen.

Digitale Grundbildung umfasst digitale Kompetenz, Medienkompetenz sowie politische Kompetenzen. Diese sind – vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung von Medien und der über Medien vermittelten Wirklichkeit für die Gesellschaft – grundlegend für die Bildung junger Menschen. Sie haben das Ziel eines informierten, souveränen und verantwortlichen Umgangs mit Medien und Technik durch mündige Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie und einer zunehmend von Digitalisierung beeinflussten Gesellschaft. Im Mittelpunkt steht dabei die reflektierte Verwendung von Medien und Technik. Im Rahmen der Digitalen Grundbildung werden Schülerinnen und Schülern alle notwendigen Kompetenzen vermittelt, um Technologien bewusst, produktiv und reflektiert für die eigene Weiterentwicklung einzusetzen oder in entsprechenden zukunftsträchtigen Berufsfeldern Fuß zu fassen. Dabei ist ethisches Denken und Handeln im politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und weltanschaulichen Umfeld im Dienste der Förderung von Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit anzustreben.

Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz. Sie umfasst die Aspekte der Produktion, der Repräsentation, der Mediensprache und der Mediennutzung. Die Vermittlung von Medienkompetenz umfasst die Fähigkeit, Medien zu nutzen, die verschiedenen Aspekte der Medien und Medieninhalte zu verstehen und kritisch zu bewerten sowie selbst in vielfältigen Kontexten zu kommunizieren. Kritisches und kreatives Denken sind zentrale Aspekte der Medienbildung. Politische Kompetenzen fördern die Demokratie und die aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Freie digitale Informations- und Kommunikationsnetze bieten dazu weitreichende kommunikative, soziale und kreative Möglichkeiten, bergen aber auch Risiken und Gefahren für den Einzelnen. Analytische Fähigkeiten ermöglichen ein besseres Verständnis von Demokratie und Meinungsfreiheit sowie die aktive Teilhabe an netzwerkbasierter, medial vermittelter Kommunikation.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 14.05.2020 **Drucksache** 18/**8682**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Annette Karl SPD
Drs. 18/**6566**

Digitale Bildung VI - Digitale Grundbildung für alle Schülerinnen und Schüler

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Dr. Simone Strohmayr**
Mitberichterstatter: **Prof. Dr. Gerhard Waschler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 14. Mai 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Markus Bayerbach
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.10.2020 **Drucksache** 18/**10380**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Annette Karl SPD**
Drs. 18/**6566**, 18/**8682**

Digitale Bildung VI – Digitale Grundbildung für alle Schülerinnen und Schüler

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Alexander Hold
III. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Dr. Simone Strohmayr
Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler
Abg. Maximilian Deisenhofer
Abg. Markus Bayerbach
Abg. Eva Gottstein
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Raimund Swoboda
Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun die **Tagesordnungspunkte 5 bis 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt (SPD) Digitale Bildung I - Pädagogik vor Technik: Fortbildung für Lehrkräfte im digitalen Bereich (Drs. 18/5702)

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt (SPD) Digitale Bildung II - Kostenfreie Endgeräte für jeden Schüler, jede Schülerin und jede Lehrkraft - Lernmittelfreiheit auf digitale Lernmittel ausweiten (Drs. 18/5703)

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt (SPD) Digitale Bildung III - Technologische Nachhaltigkeit der Lernwerkzeuge gewährleisten (Drs. 18/5704)

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt (SPD) Digitale Bildung IV - Co-Finanzierung der IT-Betreuung an allen Schulen (Drs. 18/5705)

und

Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt (SPD) Digitale Bildung V - Konzept für den Mehrwert der digitalen Bildung für den gemeinsamen Unterricht vorlegen (Drs. 18/5706)

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Annette Karl (SPD)

Digitale Bildung VI - Digitale Grundbildung für alle Schülerinnen und Schüler (Drs. 18/6566)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 54 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr von der SPD-Fraktion.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Digitalisierung geht bei uns hier in Bayern leider im Schneckentempo voran. Dass es einigermaßen klappt, ist im Wesentlichen den Lehrerinnen und Lehrern zu verdanken, die in den letzten Wochen Großes geleistet haben, obwohl im digitalen Bereich vielerorts das Chaos tobt.Auch den Eltern ist es zu verdanken. Viele Familien unterstützen ihre Kinder hervorragend, obwohl vielleicht die Geräte fehlen oder der Zugang zu den Plattformen nicht gegeben ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das möchte ich noch einmal sagen: Wir könnten bei der Digitalisierung schon wesentlich weiter sein, wenn die Mehrheit hier im Hause unseren Anträgen zugestimmt hätte.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass das angelaufene Schuljahr kein verlorenes wird. Deswegen haben wir heute noch einmal unsere Anträge hier im Plenum aufrufen lassen. Ich sage es noch einmal: Bitte nehmen Sie unsere Vorschläge ernst!

Bereits jetzt sind Tausende von Schülerinnen und Schülern und viele Lehrerinnen und Lehrer in Quarantäne. Eine gute digitale Ausstattung unserer Schulen, unserer Schülerinnen und Schüler, unserer Lehrerinnen und Lehrer ist Grundvoraussetzung für einen gelingenden Distanzunterricht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, schalten Sie deswegen endlich den Digitalturbo ein. Kündigen Sie ihn also nicht nur an, sondern schalten Sie ihn tatsächlich ein.

(Beifall bei der SPD)

Kein Tag vergeht, an dem ich nicht eine Mitteilung aus irgendeiner Schule bekomme, die die Defizite im digitalen Bereich deutlich macht. Ich wurde zum Beispiel angeschrieben, dass an einer Schule die digitalen Endgeräte jetzt endlich eingetroffen sind. Sie liegen originalverpackt im Keller, weil es niemanden gibt, der die Geräte einrichtet. Systemadministratoren nehmen eine Schlüsselrolle bei der Digitalisierung ein. Es hat viel zu lange gedauert, bis jetzt endlich eine vorübergehende Lösung gefunden werden konnte. So geht es nicht. So sieht doch kein Turbo aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich nenne Ihnen jetzt sechs Punkte, die in unseren Anträgen stehen und die wir endlich erreichen müssen, damit der Digitalturbo zünden kann:

Erstens. Digitaler Unterricht will gelernt sein. Technik allein macht noch längst keinen guten digitalen Distanzunterricht aus. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Ich hatte neulich an der Universität ein Gespräch mit einigen Professoren, die Lehrerinnen und Lehrer unterrichten. Sie haben mir erzählt, dass viele Lehrerinnen und Lehrer davon ausgehen, dass der digitale Unterricht eins zu eins genauso, nur digital stattfindet, wenn jetzt der Präsenzunterricht ausfallen muss. Ich sage Ihnen: Das kann doch nicht funktionieren. Wir alle nehmen oft an langen Videoschaltungen teil und wissen, wie träge solche Sitzungen sein können. "Eins zu eins" klappt nicht. Das kann ich Ihnen hier schon einmal sagen.

Wir brauchen deswegen eine grundlegende pädagogische und didaktische Professionalität. Wir fordern daher, dass alle Lehrkräfte in den nächsten fünf Jahren zweihundert Stunden, also eine Woche im Jahr, Fortbildung im Bereich digitaler Bildung wahrnehmen können. Wir bieten bisher zu wenig an. Zusätzlich brauchen wir schulhausinterne Fortbildungen, und wir müssen ausfallende Lehrstunden im Haushalt berücksichtigen. Dann wird ein Schuh draus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zweitens. Digitale Endgeräte müssen endlich genauso wie Bücher unter die Lernmittelfreiheit fallen. Jeder Schüler, jede Schülerin braucht ein digitales Endgerät. Sonst haben wir nämlich wieder – wie in ganz vielen anderen Bereichen auch – die Abhängigkeit des Bildungserfolgs der Kinder vom Elternhaus. Wir stellen das auch in der digitalen Bildung bereits jetzt schon wieder fest. Dazu gibt es Studien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es reicht deswegen nicht aus, wenn wir 250.000 Leihgeräte für 1,7 Millionen Schüler anschaffen. Digitale Endgeräte müssen unter die Lernmittelfreiheit fallen. So sieht ein soziales Digitalpaket aus. Natürlich braucht auch jede Lehrkraft ein digitales Endgerät. In jedem anderen Beruf werden Arbeitsmittel gestellt. Ich verstehe nicht, warum das ausgerechnet bei den Lehrkräften anders sein soll. Gut ist, dass vom Bund dafür jetzt Geld kommt. Aber auch das hat alles viel zu lang gedauert.

Drittens. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen bei der Technologie bereits jetzt die Nachhaltigkeit mitdenken und überlegen, wie wir die Geräte recyceln und einen Kreislauf schaffen.

Viertens. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Systemadministratoren habe ich schon angesprochen. Schön ist, dass es jetzt endlich einen Konsens für die nächsten Jahre gibt, und es ist gut, Herr Minister, dass Sie uns die Zusatzvereinbarung zum Digital-Pakt haben zuleiten lassen. Wir werden dazu Stellung nehmen. Aber auch hier möchte ich sagen, dass wir langfristige Regelungen des Freistaats Bayern brauchen. Einiges ist ab 2025 angekündigt. Wir wollen, dass diese Ankündigungen endlich hier im Parlament landen.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Mehrwert der digitalen Bildung muss auch in der Inklusion nutzbar werden. Lieber Herr Kollege Prof. Waschler, wir waren gemeinsam in Kanada und haben uns angeschaut, was da schon alles geht. Es gibt viele Unterstützungssysteme. Wir müssen sie nur in unseren Schulen auch anwenden.

Dazu brauchen wir die entsprechenden Konzepte. Diese müssen wir mit unseren Universitäten erarbeiten. Dazu fordern wir Sie heute auf.

Sechstens und letztens. Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Schülerinnen und Schüler müssen über eine digitale Grundbildung verfügen, wenn sie die Schule verlassen. Was ist digitale Grundbildung? – Sie umfasst die digitale Kompetenz und – ganz wichtig – die Medienkompetenz sowie politische Kompetenzen. Gerade die Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz, damit Kinder überhaupt Medieninhalte verstehen und Fake News von News unterscheiden können. Ich frage Sie: Wie sollen Grundschülerinnen und Grundschüler zum Beispiel im digitalen Distanzunterricht zurechtkommen, wenn diese Grundkompetenzen noch nicht erworben wurden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt stelle ich noch einmal fest, dass unsere Anträge ein guter Fortschritt für die digitale Bildung wären. Hiermit könnten wir endlich den Digitalturbo zünden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Prof. Dr. Gerhard Waschler von der CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Strohmayr, den Digitalturbo haben wir längst in Bayern. Das hätten Sie eigentlich nach den Beratungen im Bildungsausschuss schon erkennen können. Insofern wäre folgerichtig gewesen, alle Anträge als erledigt zu kennzeichnen und zurückzuziehen. Aber wir können das gerne heute hier noch mal machen. Ich werde einige Dinge hier vorlegen, entsprechend strukturiert auf die Anträge bezogen.

Aber eine Tatsache muss ich doch voranstellen: Selbst ein beständiges Schlechtreden ändert nichts an der Tatsache, dass wir uns in Bayern in der digitalen Bildung in Corona-Zeiten mit den bayerischen Schulen und den Schulfamilien auf einem sehr guten Weg befinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Pädagoge darf ich noch dazusagen, dass es nach wie vor einen hervorragenden analogen Unterricht gibt. Das Digitale ist wichtig, aber das Analoge darf man deswegen nicht geringschätzen. Das darf ich nur einleitend hier sagen.

Ich komme zur Drucksache 18/5702, von Ihnen "Digitale Bildung I, Pädagogik vor Technik" genannt. Unbestrittene Tatsache ist, dass wir zentral, regional und lokal ein umfassendes, flächenwirksames Fortbildungsangebot für alle Lehrkräfte haben. Die von Ihnen erwähnten Universitäten können fraglos als externe Anbieter das staatliche Angebot ergänzen oder im Bereich der Lehrerfortbildung kooperieren. Das wird auch umfänglich genutzt. Bereits zu Beginn des Schuljahres 2019/2020 wurde ein Experten- und Referentennetzwerk für die digitale Bildung neu etabliert. Über zweihundert Referenten waren hier sehr segensreich tätig.

Wenn man sich die Zahlen ansieht, kann man feststellen, dass allein zwischen Januar und Juli 2020 rund 2.500 Fortbildungsveranstaltungen zur digitalen Bildung stattfanden. Das ist rund ein Viertel aller Angebote an Lehrerfortbildungen insgesamt. Wenn ich mir die ganzen Angebote anschaue, stoße ich auf sogenannte Online-Basismodule, und zwar das Modul "Digitalisierung, Schule und Recht", ein weiteres Modul "Unterricht entwickeln" und das dritte Modul "Ethik und digitale Welt".

Wenn man dann wiederum auf die Zahlen schaut, stellt man fest, 90.000 bayerische Lehrkräfte sind eingeschrieben, 53.000 haben alle drei Module erfolgreich absolviert. Die Dynamik und die Bereitschaft der Lehrkräfte sind gegeben. Wer hier behauptet, da wäre etwas nicht am Laufen, der ist von einer anderen Welt. Ich stelle fest, auch das in Ihrem Antrag aufgeführte und geforderte Konzept für die schulinterne Lehrerfortbildung, das Sie als wichtig erachten, gibt es bereits. Jede bayerische Schule verfügt über ein schulindividuelles Medienkonzept. Ein Teil dieses Konzeptes – und das ist das Entscheidende, Frau Kollegin Strohmayr – ist eine Fortbildungsplanung für die Lehrkräfte der einzelnen Schulen. Somit ist dieser Antrag der SPD vollständig obsolet.

Ich komme zum Antrag auf der Drucksache 18/5703 betreffend "Digitale Bildung II – Kostenfreie Endgeräte". Der Antrag steht übrigens im Kontext mehrerer früherer Initiativen der SPD-Fraktion. Diese hatten die sogenannten kostenfreien Schulen oder eine umfassende Lernmittelfreiheit an bayerischen Schulen zum Ziel. Diese Anträge wurden bisher alle mehrheitlich abgelehnt. Die Gründe können Sie den Protokollen zu den Beratungen des Bildungsausschusses entnehmen. Tatsache ist, dass im Antrag eine erhebliche Ausweitung der Lernmittelfreiheit gefordert wird, was zu einer Vermischung von Lernmitteln und Sachaufwand führen würde. Dieser Antrag ist deshalb abzulehnen.

Allerdings, und das ist ganz wichtig, unterstützt der Freistaat Bayern die Kommunen nicht zuletzt infolge der Ergebnisse des Schuldigitalisierungsgipfels vom 23. Juli 2020 in großzügiger Weise, und zwar durch ein Sonderbudget. Es geht um Leihgeräte aus dem DigitalPakt Schule. Wenn ich das Ganze auf einen Punkt bringe, so kann man feststellen, dass für den weiteren Ausbau des wirklich wichtigen und segensreichen Leihgerätepools an bayerischen Schulen der Freistaat noch einmal 30 Millionen Euro drauflegt. Das heißt, insgesamt können 250.000 Schülergeräte beschafft werden. Zum Ende der Antragsfrist sind bereits insgesamt rund 2.300 Anträge zum Sonderbudget bei den zuständigen Regierungen eingegangen. Wir können sagen, dass 75,8 von 77,8 Millionen Euro schon bewilligt wurden. Ich kann nur sagen, das ist eine Erfolgsstory.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute können wir feststellen, von dieser Auszahlungsmöglichkeit haben 90 % der Schulaufwandsträger Gebrauch gemacht. Das ist wichtig, das ist richtig und gut. Damit endet es aber nicht. Der Freistaat hat auf dem von mir erwähnten Schuldigitalisierungsgipfel auch die Förderung von Dienstgeräten für Lehrerinnen und Lehrer angekündigt. Herr Staatsminister bzw. Frau Staatssekretärin, das Kultusministerium ist beauftragt, hier ein Konzept zu entwickeln. Wenn der Bund hier noch Geld drauflegt, dann nehmen wir das sehr gerne. Am 21.09.2020 wurde bei einem Treffen der Kultusminister mit der Bundeskanzlerin vereinbart, dass

der Bund noch in diesem Jahr die zusätzlich avisierten Mittel aus den EU-Corona-Hilfsgeldern in Höhe von insgesamt 500 Millionen Euro bereitstellt. Daran partizipiert der Freistaat Bayern mit rund 77,8 Millionen Euro. Wenn man die Mittel von Bund und Land zusammenzählt, dann sind das in der Summe insgesamt circa 100.000 weitere Geräte. Damit kann ein Großteil der rund 150.000 Lehrkräfte ausgestattet werden, zumal schon etliche bereits über Geräte verfügen.

Das Fazit, ganz einfach und prägnant: Der Freistaat hilft den Kommunen in großzügiger Weise. Unterstützt durch Bundesmittel, die wir gerne nehmen, wird die Ausstattung der Geräte in idealer Weise vorangebracht. Der Antrag geht in seinem Bestreben an den aktuellen Realitäten vorbei. Er ist deshalb erledigt und müsste eigentlich zurückgezogen werden.

Zum nächsten Antrag auf Drucksache 18/5704 betreffend "Digitale Bildung III – Technologische Nachhaltigkeit" ist zu sagen, dass eine Ergänzung der Förderrichtlinien für das Digitalbudget zum jetzigen Zeitpunkt ein Problem darstellt, weil das Förderprogramm bereits Mitte 2018, mit Erscheinen der Richtlinien, gestartet wurde. Nach der Beantragung bis zum Ende des Jahres 2018 sind die Bewilligungsbescheide im ersten Halbjahr 2019 vollständig an die Antragsteller ergangen. Diese Bescheide stellen als Verwaltungsakt die Rechtsgrundlage für die Förderung im Digitalbudget dar. Nach der bereits abgelaufenen Antragsfrist werden keine weiteren Bewilligungsbescheide im Landesprogramm erstellt, auf die eine geänderte Richtlinie Einfluss nehmen könnte. Fazit: Ihr Antrag kommt zu spät und ist damit in der Sache obsolet.

Zum Antrag auf Drucksache 18/5705 betreffend "Digitale Bildung IV – Co-Finanzierung der IT-Betreuung": Das ist ein schönes, weites, gutes Feld. Auch hier haben wir im Bildungsausschuss darauf hingewiesen, was eigentlich alle wissen müssten, dass an staatlichen Schulen grundsätzlich der Staat den Personalaufwand für Lehr- und Verwaltungspersonal trägt und die zuständige kommunale Körperschaft den Sachaufwand. Unabhängig davon kann man feststellen, dass bereits im Rahmen des Masterplans Bayern Digital II zusätzliche Stellen für die staatlichen Betreuungs- und Bera-

tungsangebote ausgebaut wurden. Zeitkontingente für die pädagogischen Systembetreuer wurden erhöht, zudem wurden zum Schuljahr 2019/20 171 "medienpädagogische und informationstechnische Berater digitale Bildung" an den jeweiligen Schulaufsichtsbehörden bestellt. Sie haben eine wichtige Scharnierfunktion zwischen den Schulen, den Sachaufwandsträgern und der Lehrerfortbildung. Überdies hat sich der Freistaat Bayern im Rahmen des von mir bereits mehrfach zitierten Schuldigitalisierungsgipfels am 23. Juli 2020 bereit erklärt, sich künftig dauerhaft an der IT-Administration zu beteiligen.

Ich ziehe das Resümee – und das haben Sie, Frau Kollegin Strohmayr, auch erwähnt –, das sind alles Dinge, die bis 2024 laufen und für die insgesamt 155,6 Millionen Euro zur Verfügung stehen, Bundesmittel plus Landesmittel. Auf dieser Grundlage fußt dann die Zusatz-Verwaltungsvereinbarung "Administrations-Förderung" zum Digital-Pakt Schule 2019 bis 2024. Außerdem gibt es – wie auch von Ihnen, Frau Kollegin Strohmayr, erwähnt – die Absichtserklärung des Freistaates, sich ab 2025 dauerhaft in Höhe von 50 % an den Kosten für Wartung und Pflege zu beteiligen. Sie haben die Frage gestellt, ob das auch verwirklicht wird. – Ich möchte einmal erleben, dass die Opposition dem Haushalt zustimmt. Bisher haben Sie doch alle Haushalte, die ich erlebt habe, also seit 1998, abgelehnt.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

– Dann schauen wir doch mal, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wie das dann bei euch ausschaut.

(Unruhe bei der SPD)

– Herr Kollege Halbleib, regen Sie sich nicht auf. Das ist schlecht für den Blutdruck. Es ist eine Tatsache und kann deshalb als Fazit festgehalten werden, dass der SPD-Antrag durch die Ergebnisse des Schuldigitalisierungsgipfels, bei dem die Staatsregierung und die kommunale Familie große Einigkeit gezeigt haben, überholt ist.

Zum nächsten Antrag auf Drucksache 18/5706 betreffend "Digitale Bildung V – Konzept für den Mehrwert der digitalen Bildung": Vielleicht senkt das jetzt ein klein wenig den Blutdruck; denn seine Zielsetzung, Herr Kollege und Frau Kollegin, wird von uns geteilt. Es geht darum, die Digitalisierung von Lernprozessen auch im inklusiven Unterricht gewinnbringend einzusetzen. Das ist überhaupt keine Frage, das ist wichtig, richtig und gut.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Ja, man muss sich nur pädagogisch damit beschäftigen. Dann merkt man, dass eine Vermischung von Ideologie und Wirklichkeit ein Problem darstellt. Die SPD hat auf diesem Gebiet seit Jahrzehnten nichts gelernt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Aber okay, ich bleibe bei der Sache. Die Medienbildung und die digitale Bildung sind in den Lehrplänen aller Schularten in Bayern als fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel fest verankert. Damit ist die Digitalisierung Gegenstand von Bildung und Werkzeug zugleich. Insbesondere an Schulen mit dem Profil Inklusion kommt der Inklusion mit den digitalen Medien wie auch der Inklusion in die digitale Gesellschaft – das sind zwei Paar Schuhe – eine außerordentlich große Bedeutung zu. Da stimmen wir hoffentlich vollständig überein.

(Unruhe)

Denn das Lernen mithilfe digitaler Medien kann Schülern, insbesondere auch denen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, spezifische und ganz besondere zusätzliche Lern-, Erfahrungs- und Kommunikationswege eröffnen.

(Unruhe)

– Das hat nichts mit Schönreden zu tun, sondern das ist gängige, allgemein geteilte Pädagogik. Diese Erkenntnis hat bei den hier Anwesenden, von mir aus gesehen links, am wenigsten gefruchtet.

Fazit zum Antrag: Die digitalen Lernmöglichkeiten werden bereits heute im Kontext der Inklusion an den bayerischen Schulen in vielfältiger Weise vorbildlich genutzt. Somit ist der Antrag abzulehnen. Was die geforderte Erarbeitung eines Konzeptes anbelangt, so ist das bereits erfolgt. Wer das nicht glaubt, der möge bitte beim Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung – ISB – den Anfang des Schuljahres 2019/2020 gebildeten Arbeitskreis mit dem Titel "Barrierefreiheit und inklusive digitale Bildung" anschauen.Da geht es um die Barrierefreiheit von Internet- und Intranetauftritten, die Einsatzbereiche der Digitalisierung als individuelle technische Unterstützung und inklusiven digitalen Unterricht im Besonderen.

Fazit: Auch mit dem erneut eingesetzten Wissenschaftlichen Beirat "Inklusion", der sich sehr intensiv kümmert – der in meinem Rücken sitzende Vizepräsident des Bayerischen Landtags Kollege Gehring hat an diesem Beirat "Inklusion" auch einen Anteil –, ist der Antrag für sich gesehen obsolet, weil erledigt.

Ich komme zum letzten Antrag, der heute zu dem Thema in der Tagesordnung aufscheint: "Digitale Bildung VI – Digitale Grundbildung für alle Schülerinnen und Schüler". Da müsste eigentlich Einigkeit sein; denn Medienbildung und digitale Bildung sind bereits heute an allen bayerischen Schulen schulart- und fächerübergreifend Bildungs- und Erziehungsziel, sind fest im bayerischen LehrplanPLUS verankert und damit verpflichtender Bestandteil des Unterrichts an allen bayerischen Schulen. Dass die Stärkung der Medienbildung und der digitalen Bildung intensiv und konsequent vorangebracht wird, habe ich bereits mehrfach erläutert und dargelegt.

Wenn moniert wird, dass jede Schule ein eigenes Medienkonzept bräuchte, kann man sich nur verwundert die Augen reiben. Bereits zum 5. Juli 2017 wurden alle bayerischen Schulen aufgefordert, bis Ende des Schuljahres 2019/20 ein solches schulei-

genes Medienkonzept auszuarbeiten. Diese Medienkonzepte sind bis zum 30. September 2019 umfassend in eine Datenbank eingestellt worden. Dieses Medienkonzept muss man sich mal anschauen. Da lohnt sich übrigens ein Schulbesuch, um sich dieses Medienkonzept von der besuchten Schule einmal vorlegen zu lassen. Da kann man fast in einer Art Checkliste nachlesen, dass verschiedene Facetten enthalten sind. In Fächern wie Informatik und Deutsch sowie Leitfächern der politischen Bildung werden Chancen und Risiken, die die Digitalisierung in allen Lebensbereichen mit sich bringt, thematisiert. Da, Frau Kollegin Strohmayr, treffen wir uns schon wieder beim Inhaltlichen. Was Sie fordern, ist schon mit drin. Das ist erfüllt; denn die im Antrag geforderte Sicherstellung einer digitalen Grundbildung ist inhaltlich fundiert in Bayern umfassend gewährleistet. Den Schülerinnen und Schülern in Bayern werden genau jene Werte, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse sowie das notwendige kritische Verständnis im Umgang mit sozialen Netzwerken und Medien vermittelt, damit sie sich den Herausforderungen der digitalen Technologien und des Internets stellen können und gewappnet sind.

Wir wollen für die bayerischen Schülerinnen und Schüler das Beste. Dieser Antrag, den wir inhaltlich durchaus teilen können, ist obsolet, weil all das, von dem die Opposition behauptet, dass es nicht vorhanden wäre, schon gegeben ist.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, beachten Sie bitte Ihre Redezeit.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Dem kann man nicht folgen. Deswegen werden wir die Anträge wie im Bildungsausschuss ablehnen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. Sie können am Mikrofon bleiben. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Dr. Simone Strohmayr gemeldet. Bitte schön, Frau Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Herr Prof. Waschler, ich möchte auf die Fortbildungen eingehen. Ich stelle im Gespräch mit vielen Lehrerinnen und Lehrern immer wieder fest, dass große Unsicherheit herrscht, wenn es um digitalen Distanzunterricht geht, der den Präsenzunterricht tatsächlich ersetzen soll. Das ist auch noch einmal etwas anderes als das, was wir vielleicht noch vor Jahren diskutiert haben. Sie werfen immer in den Raum, 90.000 Lehrerinnen und Lehrer hätten an den digitalen Fortbildungen teilgenommen. Das sind 90.000 von 150.000, also noch lange nicht alle. Wenn ich mit Teilnehmern spreche, erzählen mir viele: Na ja, da kann man sich halt so durchklicken. – Wenn 90.000 Klicks gezählt wurden, dann heißt das noch lange nicht, dass diese Lehrerinnen und Lehrer tatsächlich umfassend gebildet wurden, was sie im digitalen Unterricht machen können oder machen sollen. Das möchte ich einfach einmal deutlich machen.

Ich bin schon ein bisschen enttäuscht – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Auch Ihre Redezeit ist jetzt zu Ende, Frau Kollegin.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ich möchte aber noch gerne ganz kurz ausführen. Dass die Zusatzvereinbarung das nicht ausgebaut hat, finde ich schlecht. – Entschuldigung.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Herr Prof. Dr. Waschler, bitte schön.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist in Bayern umfänglich geregelt. Man kann das online machen, man kann auch zum Telefonhörer greifen oder im Lehrerkollegium nachfragen. Ich sage noch mal: Wir haben das zentral geregelt, regional und auch lokal. Für jene, die sich digital weiterbilden möchten, sind mannigfaltig Hilfestellungen vorhanden.

Wenn man sagt, erst 90.000 von 150.000 Lehrern insgesamt: Viele haben sich schon vor der Corona-Pandemie intensiv mit allen digitalen Möglichkeiten beschäftigt und diese genutzt. Es gibt Unterstützung durch digitale Geräte und Möglichkeiten, aber wir hatten in Bayern schon immer einen hervorragenden analogen Unterricht.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, auch Ihre Redezeit ist zu Ende.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): – Ja. Die Kollegin hat auch überzogen. – Die Möglichkeiten bestehen, dass man in der pädagogischen Zielsetzung das Digitale und das Analoge verbindet.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Auch Ihre Redezeit ist jetzt zu Ende. Wir haben uns auf eine Minute geeinigt.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Damit ist man auf dem richtigen Weg.

Es ist auch so, dass Gelder einer Rechnungsprüfung standhalten müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Markus Bayerbach von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

– Entschuldigung, falsch! Der nächste Redner ist der Kollege Maximilian Deisenhofer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Thomas, zum Glück hast du dich da gerade noch korrigiert. Ich werde mit vielen Kolleginnen und Kollegen im Haus gern verwechselt, aber mit AfD-lern nicht.

Insgesamt treibt uns alle, glaube ich, die Corona-Pandemie um, insbesondere die Schulen – wir haben das heute Morgen schon gehört –, aber nicht nur die Schulen, sondern auch die Bildungspolitik, uns Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker im Landtag. Manches bleibt dabei gleich, vieles verändert sich aber anscheinend. Zum Beispiel diskutieren wir hier im Plenum fast jede Woche das wichtige Thema der digitalen Bildung, was mich natürlich sehr freut. Alle Parteien versuchen, Akzente zu setzen: die CSU im letzten Plenum mit einem Jubel-Dringlichkeitsantrag zu ihrem Digitalisierungsgipfel, die FREIEN WÄHLER machen durch ihren Minister am Dienstag eine Pressekonferenz zum Thema Digitalisierung, die dann komischerweise aber nicht digital gestreamt wird. Das sei mal dahingestellt. Dass sich die FDP in der heute von ihr vorgeschlagenen Aktuellen Stunde dem Thema Bildung gewidmet hat, hat sicherlich nichts mit den Umfragewerten zu tun, sondern bestimmt viel mehr mit dem Geburtstag des geschätzten Kollegen Fischbach. – An der Stelle auch von mir noch mal herzlichen Glückwunsch! – Bei der AfD – das haben wir heute gesehen – darf jetzt anscheinend jeder zum Thema Bildung reden, der gerade Lust hat. Das muss die AfD aber selber wissen, wenn sie keine eigenen Bildungspolitiker hat, die das im Plenum vertreten, sondern irgendwelche Leute vorschickt. Die SPD zieht heute Anträge aus dem Bildungsausschuss hoch. Das freut mich, ehrlich gesagt, weil das gute Anträge sind, denen wir im Bildungsausschuss zum allergrößten Teil zustimmen konnten; sie sind deckungsgleich mit Anträgen, die unter anderem auch wir GRÜNE schon gestellt haben.

Schauen wir uns die einzelnen Themen noch mal an: zum einen der Fortbildungsbedarf bei den Lehrkräften. Ja, der ist ohne Frage gegeben, liebe Simone Strohmayr, da stimme ich dir zu, auch wenn man versucht, das mit Zahlenjonglieren etwas unter den Tisch zu kehren. In dem Antrag wird aber vor allem der Ausbau der Fortbildung an der ALP in Dillingen gefordert. Das war auch der Grund, warum wir uns am Ende im Ausschuss enthalten haben. Klar können und sollen natürlich auch die Angebote in Dillingen ausgebaut werden, überhaupt keine Frage.Aber mehr als die Angebote, die zentral in Dillingen laufen, und die Online-Fortbildungen, die – wenn überhaupt – wirklich

nur Basiskompetenzen vermitteln, bringen meiner Erfahrung nach die E-Sessions und vor allem die Fortbildungen vor Ort, wenn es um einen echten Mehrwert für die Lehrkräfte geht.

Mit unseren pädagogischen Systembetreuerinnen und Systembetreuern haben wir doch genau die Leute, die unsere Lehrkräfte auf ihrem Niveau abholen und sie dann auch passgenau schulen können. Nur sind die immer noch und ständig mit der technischen Wartung der Geräte beschäftigt – womit wir auch schon beim zweiten Thema wären:

Jahrelang wurde uns – auch in dieser Legislatur, in den letzten zwei Jahren – insbesondere auch von der CSU im Bildungsausschuss erklärt: Die IT-Betreuung an Schulen geht den Freistaat nichts an; das ist Sachaufwand, das ist einzig und allein die Sache der Kommunen. Nach jahrelanger Diskussion geht es jetzt plötzlich doch – und ich will ausdrücklich sagen: Das ist gut so. Es ist gut, dass der Freistaat jetzt das Zeichen gegeben hat, sich da zu engagieren. Nur warten jetzt die Kommunen natürlich alle schon sehnsüchtig auf die Förderrichtlinien und die 50-50-Finanzierung, die aber erst für 2025 versprochen wurde.

Da habe ich so meine Bedenken: Wir haben in der Vergangenheit erlebt, dass Kultusminister Dinge versprochen haben – ich denke da nur an das Digitalbudget, das man fortsetzen wollte –, und dann kam das Ende einer Legislatur, und man hat sich plötzlich nicht mehr daran gebunden gefühlt. Deswegen frage ich mich, wieso man das nicht früher macht als 2025.

Der zweite Antrag – kostenfreie digitale Endgeräte – entspricht unserem Antrag Drucksache 18/7654. Das Thema läuft ja jetzt; darüber haben wir auch schon heute Vormittag diskutiert. Das Sonderbudget Leihgeräte vom Bund ist zum Glück so gestaltet, dass hier von unseren Kommunen bereits Geld abgerufen werden kann. Man fragt sich an dieser Stelle schon, warum eigentlich der DigitalPakt selbst nicht so ausgestal-

tet worden war, dass nach über einem Jahr wenigstens mal der erste Euro nach Bayern fließen kann. Beim Sonderbudget Leihgeräte funktioniert es Gott sei Dank besser.

Die SPD hat auch einen Antrag zum Thema "Nachhaltigkeit bei der Beschaffung im Schulbetrieb" vorgelegt. Das ist ein Thema, das mich, das uns als GRÜNE natürlich schon lange umtreibt. Immerhin sind jetzt auch Leasingmodelle beim DigitalPakt möglich. Was aber weiterhin nicht funktioniert, ist die Anschaffung von gebrauchten Geräten mit einer entsprechenden Garantie. Hier müssen wir definitiv noch besser werden. Die Gefahr besteht – und zwar vor allem, wenn die Geräte in der Praxis am Ende dann gar nicht genutzt werden –, dass wir uns – ich sage es jetzt mal hart – einen Haufen Elektroschrott einkaufen. Das müssen wir unbedingt verhindern.

Auch dem fünften Antrag der SPD haben wir schon im Ausschuss gern zugestimmt. Wir diskutieren viel zu oft über die Ausrüstung und über die Technik und viel zu selten über die Pädagogik. Wenn man sich anschaut, wie lange manche Ex-Kolleginnen und -kollegen schon nicht mehr im Dienst sind, ist das vielleicht gar nicht so verwunderlich; aber der Blick auf die Pädagogik lohnt sich, und zwar nicht nur im Förderschulbereich – wie jetzt im SPD-Antrag gefordert –, sondern generell.

Ich bin damit beim letzten Antrag: Wir brauchen insgesamt einen Rahmenlehrplan für digitale Bildung, der genau definiert: Was soll man am Ende der Grundschule können? Was soll man am Ende der Sekundarstufe I können? Was soll man am Ende der Sekundarstufe II können? Was soll eine Abiturientin, ein Abiturient bei uns in Bayern im Hinblick auf die Digitalisierung können? Das gibt es bislang so nicht.

Abschließend: Mich freut es außerordentlich, dass das Thema "Digitale Bildung" bei allen Parteien außer der AfD auf der Prioritätenliste nach oben gerutscht ist. Unsere Vorschläge dazu liegen schon lange auf dem Tisch; jetzt müssen wir sie nur noch umsetzen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke sehr. Herr Abgeordneter, bleiben Sie noch am Pult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Abgeordneter Bayerbach gemeldet.

Markus Bayerbach (AfD): Lieber Kollege, anscheinend gibt es für Sie inhaltlich nicht viel zu sagen, sodass man die Zeit zu einem großen Teil für AfD-Bashing verwenden muss. Ich möchte aber feststellen, dass ich aufgrund der späten Bekanntgabe der Genehmigung, dass ich diesen Saal ohne Maske betreten darf, daran gehindert war, heute Morgen um 9 Uhr zu sprechen. Das lag also nicht daran, dass ich es nicht wollte oder nicht konnte, sondern daran, dass ich erst zu spät Nachricht bekommen habe. Ich möchte Sie nur bitten, das zur Kenntnis zu nehmen.

(Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte sehr, Herr Deisenhofer.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Herr Kollege Bayerbach, wen die AfD-Fraktion als Redner nominiert, das muss sie selbst entscheiden. Ich stelle an dieser Stelle nur noch einmal fest, dass ich bereits in der letzten Plenarwoche das zweifelhafte Vergnügen hatte, nach dem Kollegen Müller zu reden. – Alles Weitere muss die AfD-Fraktion selbst entscheiden.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Eva Gottstein von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist nun ein Punkt, bei dem ich relativ emotionslos sein kann. Mich lässt aber die Diskussion von heute Morgen nicht los. Ich habe jetzt lange nachgedacht: Wenn wirklich so ein Notstand gegeben ist, wie es heute von ganz vielen beim Thema Bildung dargestellt wurde, dann frage ich mich schon: Muss dann nicht der Staat, der ja Beamte hat – und zwar genau aus dem Grund, dadurch für Notstände

gewappnet zu sein –, letztendlich an diese Beamten – in diesem Fall an die Lehrerschaft – andere Forderungen stellen? Ist es zu rechtfertigen, dass wir nach wie vor in so großzügiger Weise die Familienfreundlichkeit sichern und es möglich machen, dass ein Großteil der Lehrerschaft in unserem Land in Teilzeit oder gar unterhälftig arbeitet? Muss man den Notstand nicht so bewerten, dass die Behebung des Lehrermangels den beamten- und dienstrechtlichen Erleichterungen, die wir momentan zugestehen, vorangestellt werden muss? Das muss ich dann schon auch sagen.

Wenn so ein Notstand da ist, dann muss ich auch überlegen, ob ich die Familienfreundlichkeit über den Notstand stelle. Das sage ich ganz klar – als Mutter und Großmutter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu den Anträgen im Bereich Digitale Bildung: Ich weiß nicht, warum man diese Anträge nun hochgezogen hat; sie sind teilweise einfach überholt, und sie berücksichtigen viel zu wenig die Gegebenheiten vor Ort. Dass die Digitalisierung überall unser gesellschaftliches Leben bestimmt, wissen wir; das weiß auch die Staatsregierung, und sie handelt danach.

Dass Kinder und Jugendliche in einer ganz anderen Welt aufwachsen – mit allen positiven wie negativen Begleiterscheinungen der Digitalisierung –, das wissen wir ebenfalls, und dass auf die Schulen deswegen eine besondere Verantwortung zukommt – sie müssen heutzutage ja häufig Defizite ausgleichen, die, aus welchen Gründen auch immer, im Elternhaus ihre Ursache haben –, ist auch bekannt.

Deswegen haben die Schulen beim Aufbau solcher Kompetenzen natürlich eine zentrale Rolle. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag unserer Schulen bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler zu einer aktiven, reflektierten, verantwortlichen Teilhabe auf gesellschaftlicher, politischer, beruflicher und kultureller Ebene und zu einem guten Zusammenleben befähigt werden. Dass das natürlich heute in einem digitalen Umfeld

und auch im Rahmen der digitalen Bildung geschieht, ist auch klar. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

Wie gesagt, die Anträge sind großenteils überholt. "Digitale Bildung I – Pädagogik vor Technik" – ich gehe sie jetzt der Reihe nach kurz durch –: Da wird keiner widersprechen. Wie Sie es umsetzen wollen – ja nun, darüber kann man streiten. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind im Grunde vorgegeben, und ich denke nicht, dass Sie daran rütteln wollen; denn Sie müssten eigentlich wissen, wie schwer so etwas mit den verschiedenen Spielern auf so einer Wiese auszudiskutieren ist.

Wir haben seit Jahren schon das Einverständnis aller Beteiligten, zwölf verpflichtende Fortbildungstage innerhalb von vier Jahren vorzusehen. Wir haben eine, wie ich denke, sehr gute Übereinstimmung, dass sich das auf zentrale, regionale, lokale und schulinterne Maßnahmen bezieht. Das ist das Mindestmaß – und ich kenne eigentlich keinen Lehrer, der nicht dieses Mindestmaß erfüllt.

Was Sie jetzt formulieren, ist eine dirigistische Forderung, die in unseren Augen überflüssig ist; denn wer sich weiter fortbilden will, der kann das ja. Er nutzt dazu auch nicht immer nur schulinterne oder vom Kultusministerium – ich möchte Ihnen jetzt nicht Ihre Kompetenz in diesem Bereich absprechen – konzipierte Maßnahmen; ich verweise etwa auf die Angebote der örtlichen Volkshochschulen und vieles Weitere.

Wenn ein Lehrer – – Frau Dr. Strohmayr, liebe Simone, du hattest vorher mahnend gesagt, die seien da hilflos. Also, wenn ich da hilflos bin, dann kann ich das natürlich auch noch auf anderem Wege machen. Auch das Kultusministerium bietet, wie gesagt, Maßnahmen an. Aber wir weigern uns, hier eine Verpflichtung einzuführen – die im Prinzip das ganze bewährte System auf den Kopf stellen würde. Das brauchen wir nicht. Wer will, kann. Und wenn wir ehrlich sind: Wer damit nun überhaupt nicht zurechtkommt, wer sich damit gar nicht befassen will, den werden wir auch durch so eine Maßnahme nicht erreichen. Das erreichen wir dann eher über Motivationsmaßnahmen.

Der zweite Antrag gilt den kostenfreien Endgeräten. Mir kommt es so vor, als habe man den 23. Juli 2020 nicht wahrgenommen. Das war für mich wirklich ein Meilenstein. Die Partner haben jahrelang darum gestritten – so muss man es fast schon sagen –, wer zuständig ist, der Sachaufwandsträger oder das Kultusministerium. Schließlich kam noch der Bund hinzu. Das hat man in einem Aufwasch geregelt.

Frau Dr. Strohmayr hat gesagt, das seien nur vorübergehende Regelungen. Aber mehr als sich festzulegen kann man doch nicht tun, indem man sagt: Bis 2024 übernimmt der Freistaat alles – was er bei diesem Finanzausgleich, der ja im Sinne der Kommunen gut ausgehandelt worden ist, nicht müsste –, um die ewige Diskussion vom Tisch zu haben. Der Freistaat erklärt auch gleichzeitig ganz klar: Ab 2025 wird der Aufwand hälftig getragen. Vielleicht sind Sie dann in der Koalition mit dabei und ändern das, zum Positiven oder zum Negativen. Aber das sind doch klare Ansagen. Mehr kann eine Regierung nicht tun, als ein solches Versprechen zu geben.

Wie gesagt, man muss auch hier aufpassen, wenn es jetzt wieder heißt, es gehe alles zu langsam. Ich war innerhalb des vergangenen Monats bei allen Bürgermeistern in meinem Landkreis unterwegs. Dabei habe ich von vielen verschiedenen Modellen gehört. Diese Modelle sind gut! Einer sagte, er kaufe sich die Wartungsdienstleistung bei seiner IT-Firma vor Ort mit ein; sie sei sowieso froh, wenn sie beauftragt werde. Der Landkreis überlegt, ob er im Landratsamt eine entsprechende Verwaltungsstelle eröffnen sollte. Das Schulamt stellt auch entsprechende Überlegungen an. Einige Grundschulen haben sich schon zusammengetan und etwas gemacht. So soll es doch sein: dass vor Ort die guten Lösungen herauskommen. Das passiert bereits – ohne Ihren Antrag.

Die nächsten Anträge beziehen sich unter anderem auf die technologische Nachhaltigkeit. Herr Kollege Waschler hat es gesagt: Dieser Aspekt ist in den jetzigen Förderrichtlinien nicht berücksichtigt. – Auch an dieser Stelle hier warne ich: Ich höre bereits über die jetzigen Förderrichtlinien, dass sie manchmal so detailliert seien, dass sie vor Ort nicht passten. Dass wir auf der einen Seite Konzepte grundsätzlich befürworten,

aber auf der anderen Seite manchmal Handlungen Konzepten vorziehen, ist hier inzwischen sicherlich bekannt.

Letzter Punkt: Die digitale Grundbildung, wie im letzten Antrag der SPD gefordert, wird in den Lehrplänen für alle Schularten detailliert berücksichtigt. Das ist schon heute so. Dadurch haben wir auch Endziele, was der Schüler bzw. die Schülerin können muss. Dass digitale Grundbildung eine Querschnittsaufgabe für alle ist, wissen wir auch.

Daher hätte es das Hochziehen dieser Anträge eigentlich nicht gebraucht. Effizienz schaut für mich anders aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Bayerbach gemeldet. Herr Abgeordneter? – Nein, es hat sich der Abgeordnete Fischbach gemeldet. Entschuldigung!

Matthias Fischbach (FDP): Sie haben es heute mit den Verwechslungen, sehr geehrter Herr Präsident. – Sehr geehrte Kollegin Gottstein, ich bin durch Ihre Äußerung, mit der Sie die familienfreundlichen Teilzeitregelungen infrage gestellt habe, doch etwas verwirrt. Bedeutet das, dass die ursprünglich als Werk einer Familienkoalition bezeichnete Vereinbarung zwischen FREIEN WÄHLERN und CSU aufgrund des lange verleugneten Lehrermangels, der durch Corona deutlich erkennbar geworden ist, nun auch in diesem Themenbereich beendet ist? Ist es um Ihr gemeinsames Arbeiten für die Familien doch nicht so gut bestellt?

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ich habe ganz klar als Eva Gottstein – Mutter von vier erwachsenen Kindern, Großmutter von sechs Enkelkindern, immer noch im Leben stehend, 36 Jahre im Schuldienst gewesen – meine persönliche Meinung gesagt, auch als Bürgerin dieses Staates. Es geht um die Frage, wie wir reagieren sollten, wenn der Notstand an unseren Schulen so schlimm wäre, wie er dargestellt wurde. Ich

habe Zeit meines Lebens das Beamtentum der Lehrer verteidigt. Das wird ja immer wieder infrage gestellt; es wurde und wird jedenfalls nicht als selbstverständlich hingenommen.

Ich rede jetzt, wie gesagt, nur für mich als Eva Gottstein, nicht für die FREIEN WÄHLER und nicht für die Regierungskoalition; Letzteres würde ich mir überhaupt nicht anmaßen. Wenn ich über diese Frage nachdenke, dann komme ich persönlich von meinem Grundverständnis her – es folgt aus einer, wie ich denke, nach wie vor guten politischen Bildung, erworben an einem Humanistischen Gymnasium, und meiner Haltung als treuer Staatsbürgerin – zu der Überlegung, ob der Staat seine Beamten in diesem Notstand nicht anders einsetzen muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Bayerbach, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Prof. Waschler, es war faszinierend zu erleben, wie Sie sich selbst auf die Schulter geklopft haben.

Ja, über Jahre hinweg, auch schon vor der Pandemie, haben sich Leute mit Digitalisierung beschäftigt. Die Staatsregierung war relativ wenig dabei.

(Widerspruch bei der CSU)

Wir haben gehört, heute, im Jahr 2020, seien die Sachen alle im Laufen oder erledigt. 2020! Was ist denn Ihr Anspruch? Wir liegen meilenweit hinter Rumänien, China, Russland, den baltischen Staaten und Kanada zurück. Gut, wir liegen noch vor dem Kongo, vor Jemen und dem Tschad. Es kann doch aber nicht der Anspruch der CSU sein, dass wir irgendwo, auf Platz 36, liegen. Auch in Deutschland sind wir weit abge-

hängt und liegen hinter Hessen. Entschuldigung, aber da hatte die CSU früher andere Ansprüche.

Zu den Anträgen der SPD: Ja, die Vorhaben sind zum Teil im Laufen – insoweit muss man der CSU Recht geben –, wenn auch viel zu spät. Was mich ein bisschen stört, ist das generalistische Fordern: Wir brauchen für jeden ein Endgerät! Wir brauchen, wir brauchen! – Wir brauchen zunächst einmal eine Planung mit Köpfchen. Wenn zwei Drittel der Schulen kein WLAN haben, nützt es nichts, wenn wir dort Endgeräte hinstellen, die im Keller wunderbar verstauben.

(Beifall bei der AfD)

Um die richtige Reihenfolge geht es. Daher müssen wir jetzt ganz schnell schauen, dass wir für alle Schulen den Breitbandanschluss hinbekommen und dass wir die Schulhäuser entsprechend ertüchtigen. Vor allen Dingen müssen wir uns überlegen, wie wir die Sachaufwandsträger, bei denen es nicht so rosig aussieht, dabei unterstützen können. Das ist nämlich ein Flaschenhals, durch den es ganz schwierig werden könnte.

Eine Aufgabe, die die Staatsregierung bisher total vernachlässigt hat, besteht darin, dafür zu sorgen, dass wir vernünftige Software bekommen. Auch brauchen wir vernünftige Regelungen, damit unsere Lehrer nicht in die Datenschutz-Grundverordnung hineinlaufen. Die Lehrer brauchen Rechtssicherheit. Das ist in der Pandemie ein bisschen locker und lässig gehandhabt worden. Das kann kein Dauerzustand sein!

Die Entwicklung hat doch gezeigt, dass man sich vorher keine Gedanken darüber gemacht hatte, wie man Videokonferenzen durchführt und wie als Teamplayer agiert. Gott sei Dank haben wir das hinter uns. Ich hoffe, es bleibt hinter uns; denn das, was unsere Kinder im Augenblick noch viel dringender brauchen, sind wieder soziale Kontakte, soziale Interaktion und eine vernünftige Didaktik.

Mit den IT-Beauftragten ist es auch so ein Ding. Das hätte längst im Laufen sein müssen. IT-Beauftragte stampfen wir nicht schnell irgendwo heraus. Um sie zu bekommen, muss man in die Ausbildung investieren und entsprechende Konzepte entwickeln. Damit hätte man schon vor Jahren starten müssen.

Leistungsfähige Endgeräte sind, glaube ich, das kleinste Problem, weil die Abdeckung mit PCs und Smartphones bei den Schülern inzwischen relativ groß ist. Wie schon früher einmal gesagt wurde: Das ist bei Weitem keine Frage davon, ob man sozial gut oder schlecht gestellt ist. Im Gegenteil, die sozial schwächeren und damit finanzschwächeren Familien haben sogar eher mehr Geräte als die sozial stärkeren. Deswegen kommt der hier formulierte Anspruch auf ein Endgerät viel zu früh. Er folgt dem Motto: Mit der Gießkanne über alles hinweg! – Das wäre nur eine Verschwendung von Steuermitteln; in diese Falle ist auch die FDP gegangen.

Aber wir müssen dringend gewährleisten – da fehlt es noch hinten und vorne; das muss ich wirklich sagen – und endlich dafür sorgen, dass unsere Jugendlichen einen verantwortungsvollen Umgang mit Medien finden. Daran hapert es in breiten Schichten der Bevölkerung ganz gewaltig. Wir brauchen eine adäquate Medienkompetenz. Das ist das A und O in der modernen Zeit, in der jeder Zugang zu Computern und Smartphones hat.

Damit alle das erlernen können, fehlt es wirklich noch an einem cleveren Konzept. Ein solches Konzept müssen wir in der Breite zunächst an die Lehrer und über sie an die Schüler bringen. Das dauert Jahre; darüber sind wir uns einig. Aber auch das hätten Sie längst machen können.

Man muss einfach sagen: Die Staatsregierung hat lange verpennt, das Ganze anzufangen. Die Pandemie hat sie hingetrieben. Aber es kann wirklich nicht sein, dass Sie sich jetzt selbst auf die Schulter klopfen. Denn nicht die Staatsregierung hat das Ganze gemeistert. Es waren die Lehrer vor Ort, es waren die Eltern, und es waren die

Schüler, die mit irgendwelchen Notbehelfen, Notmaßnamen und schnell gestrickten Aufgaben das Ganze gemacht haben.

Herr Prof. Waschler, zum Schluss: Ja, es gibt Medienkonzepte. Aber die meisten Schulen haben gar nicht die Geräte, sie umzusetzen. In den meisten Schulen ist das ein wunderschönes theoretisches Papierchen. Was die Grundschulen, Förderschulen und Mittelschulen angeht, so kenne ich sehr, sehr viele, die tolle Medienkonzepte haben, diese aber technisch nicht umsetzen können.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Kollege Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Digitale Bildung ist eigentlich mehr als die Technik. Aber ohne die Technik wird auch Digitalisierung gar nicht funktionieren.

Zu den Anträgen. Der erste Antrag, der sich mit der Fortbildung von Lehrkräften befasst, lässt leider noch einige Fragen offen. Zwar kann ich sagen, dass die Bemühungen zu unterstützen sind. Aber es ist noch unklar – wenn wir von 200 Stunden in fünf Jahren reden –, wie das konkret ausgestaltet sein soll. Wenn man etwas schon so konkret fordert, so eine konkrete Zahl nennt, dann will ich eigentlich auch ein durchdachtes Konzept haben.

Mir fehlt außerdem immer noch, dass man nicht nur Fortbildungen fordert, sondern auch die Ergebnisse bedenkt. Also: Wie können wir bei der Lehrerfortbildung am Ende Qualität und Erfolg messen? – Aus meiner Sicht ist es auch ein wichtiger Punkt, dass Digitalkompetenzen am Ende auch in der Lehrerdienstbeurteilung eine Rolle spielen. Das nur als Punkt.

Wir könnten uns zum Beispiel auch mal an dem Zwischenbericht zum Modellversuch "Digitale Schule 2020" orientieren, den wir im Ausschuss schon bekommen haben.

Auch da gibt es Ideen zur schulinternen Lehrerfortbildung, die wir einfach mal in die Breite tragen müssen. Da ist noch vieles mehr nötig. – Der Antrag geht in die richtige Richtung, ist aus den genannten Gründen aber noch keine Zustimmung wert, sondern Enthaltung.

Zum zweiten Antrag, den kostenfreien Endgeräten: Ja, das kommt einem irgendwie bekannt vor. Diese Forderung unterstützen wir schon lange. Ich muss doch sagen, auch wenn man das unterstützt: Statt als Gesetzgeber einfach nur zu sagen: Bitte, liebe Regierung, schreib doch mal ein Gesetz, diesen Artikel sollte man so und so ändern, wäre es vielleicht einfacher, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Das haben wir als FDP-Fraktion gemacht. Wir haben digitale Endgeräte für alle Schüler und alle Lehrkräfte in Bayern gefordert. Das ist in den letzten Monaten schon im Bayerischen Landtag beraten worden. Leider hat die SPD nicht zugestimmt, was ich nicht so ganz nachvollziehen kann; denn wenn Sie das wirklich wollen, dann können Sie auch unserem Gesetzentwurf zustimmen und müssen nicht mit irgendwelchen fadenscheinigen Argumenten drum herumargumentieren.

(Zuruf von der SPD: Er ist schlecht gemacht!)

– Ich glaube, er ist relativ gut gemacht, weil ich bisher kein inhaltliches Argument dagegen gehört habe, das wirklich ziehen würde. – Wir haben keine Probleme, den richtigen Anträgen zuzustimmen. Deswegen werden wir Ihrem zweiten Antrag, liebe Kollegen von der SPD, auch zustimmen.

Zum dritten Antrag muss ich aber sagen: Da hat der Kollege Waschler doch recht. Das Thema, bei dem Förderprogramm aus 2018 noch mal Änderungen zu machen, ist wirklich überholt. Dem können wir nicht mehr zustimmen.

Zum vierten Antrag, zur "Co-Finanzierung der IT-Betreuung": Ja, das ist eine Forderung, die wir schon lange diskutiert haben. Wir haben als FDP-Fraktion dazu auch schon mal Änderungsanträge, zum Haushalt an der entsprechenden Stelle, eingebracht. Es ist erfreulich, dass beim Digitalgipfel zumindest das mal rausgekommen ist,

auch wenn es noch vollzogen werden muss. Wenn es noch nicht vollzogen ist, können wir es hier auch beschließen. Auch die Regierungsfraktionen könnten sich mal einen Ruck geben und dem Antrag zustimmen, damit wir hier im Landtag auch bestätigen, was die Regierung soweit angekündigt hat.

Zum fünften Antrag kann ich sagen, dass das Thema Inklusion wichtig ist. Wir müssen sehen, wie wir das sinnvoll voranbringen; auch wenn es bereits Arbeitskreise vom ISB gibt, Herr Kollege Waschler. Wir sollten uns auch damit auseinandersetzen, wie wir diese Konzepte weiterentwickeln. Allerdings werde ich mich bei dem Antrag enthalten, weil es, wie gesagt, schon bestehende Strukturen gibt. Aber ich nehme das auf jeden Fall mit in die Interfraktionelle Arbeitsgruppe Inklusion, dass wir uns vielleicht auch einmal mit dieser Arbeitsgruppe vom ISB auseinandersetzen, wie wir das Konzept weiterentwickeln müssen. Nur weil es ein Konzept gibt, heißt es noch nicht, dass das gut ist. Das schauen wir uns am besten mal genauer an.

Zum sechsten und letzten Antrag zur digitalen Grundbildung kann ich noch sagen, dass auch dieser von der Richtung her stimmt. Allerdings fehlt mir das Wesentliche. Wie gesagt, gibt es ein Konzept vom ISB, ein ISB-Kompetenzmodell zur Medienbildung. Auch das ist schon gut; es muss allerdings noch mehr für die verschiedenen Jahrgänge ausdifferenziert werden. Aber was insgesamt völlig fehlt, ist die Erfolgskontrolle, die Messbarkeit von digitalen Kompetenzen. Wenn wir das nicht haben und immer nur schauen, was wir in das System reinstecken, und nicht schauen, was am Ende rauskommt, werden wir das Ganze nicht erfolgreich steuern können. Daher fehlt mir für eine Zustimmung noch ein bisschen die Klarheit, die Treffsicherheit dieses Antrags. Wir werden uns auch bei diesem Antrag enthalten.

Aber lassen Sie mich festhalten: Dieses Thema werden wir noch weiter alle zusammen vorantreiben müssen. Es begleitet uns ja jetzt schon einige Zeit sehr intensiv. Es wird uns auch noch weiter begleiten. Die digitale Bildung war schon vor Corona wichtig. Sie ist nach Corona noch wichtiger. Wir bleiben hoffentlich alle gemeinsam dran.

Als Freie Demokraten werden wir das auf jeden Fall tun. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner kann sich schon auf den Weg machen. Es ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Worüber reden wir eigentlich, wenn wir über diesen sechsteiligen Antrag der SPD zur digitalen Bildung debattieren? Reden wir über den von der bayerischen Schulhoheit bisher fabrizierten Fleckerlteppich, dessen Schwächen Corona aufgedeckt hat, aber nicht nur Corona?

Sollten wir nicht besser über ein digitales Bildungsland Bayern sprechen, das allen Beteiligten ein ebenes und ressortübergreifend landesweit vernetztes soziotechnisches Informations- und Kommunikationssystem zur Verfügung stellt, das heißt, Lernenden und Lehrenden als Usern Zugang zu allen erforderlichen Elementen der Hard- und Software verschafft, sie mit allen anforderungsspezifischen, notwendigen Subsystemen, Infoportalen etwa, vernetzt und einen leistungsfähigen Support, also Systemadministratoren, gewährleistet und die erforderliche Befähigung erbringt, durch eine zentrale und auch dezentrale IT-Aus- und Fortbildung?

Es gibt fragmentarisch schon Elemente, wie zum Beispiel ESIS, das Eltern-Schüler-Informationssystem, oder Modellprojekte wie REGIUS – regionale Unterstützung für die eigenverantwortliche Schule –, oder als Lernmanagementsystem nun ganz brandneu, aktuell die Lernplattform mebis, deren Anwendung verpflichtend angeordnet wurde. Doch mit Kommandogewalt schafft man hier nichts.

Das Begonnene muss mit einem Aufwuchs- und Aufbauprozess systematisiert und konzeptionell landesweit umgesetzt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Eventuell wäre hierfür auch, wenn es bildungspolitisch, ökonomisch und organisa-

torisch notwendig ist, ein Landesgesetz erforderlich, das das alles regelt. Denn die vorhandenen Strukturen der Bildungsverantwortung und der Sachaufwandträgerschaft scheinen das nicht so rund zu schaffen, wie es erforderlich ist.

Frau Strohmayr, ich meine, Sie haben das im Ausschuss alles richtig dargelegt. Herr Prof. Dr. Waschler, wer glaubt, dass an den Bildungseinrichtungen, insbesondere an den Schulen, die digitale Bildung längst obligatorisch ist, wie Sie das tun, der betreibt Schönfärberei und Kosmetik. Denn trotz DigitalPakt Schule, der Verbesserung der Finanzkraft der Sachaufwandsträger, wie Sie im Ausschuss richtig festgestellt haben, ist die Medien- und Digitalbildung in allen Schularten weder bei Lehrern noch bei Schülern durchgehend ein reales Erlebnis. Das, was Sie hier propagieren, ist also nicht auf der Höhe der Zeit. Sollte es tatsächlich bereits eine bayernweite Koordinierungsgruppe mit operativer Kernkompetenz zur Freistellung und Durchsetzung der schulspezifisch erforderlichen Standards geben, dann wäre das bisher Erreichte – gelinde gesagt, Herr Piazolo – kümmerlich. Der Herr Prof. Dr. Waschler von der CSU liegt völlig falsch, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit?

Raimund Swoboda (fraktionslos): – wenn er diese Verbesserungen ablehnt, die die SPD vorschlägt, weil alles schon getan sei. Das ist nicht der Fall. Wenn Sie wissen wollen, wie etwas aussieht, was getan ist, wenden Sie sich um Amtshilfe an die bayerische Polizei. Die hat seit Mitte der 1980er-Jahre – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ja, ich komme zum Schluss und möchte das noch zu Ende sagen: Sie hat seit den 1980er-Jahren ein ausgezeichnetes digitales System –

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist jetzt beendet.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – auf- und ausgebaut. Das wäre eine Patenschaft für Sie.

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt alle sechs Anträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/5702 betreffend "Pädagogik vor Technik: Fortbildung für Lehrkräfte im digitalen Bereich" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das ist sind die GRÜNEN-Fraktion und die FDP. Aufgrund der vielen Spiegelungen ist es schwierig, das aus der Distanz zu sehen und zu erkennen. – Der Antrag ist abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/5703 betreffend "Kostenfreie Endgeräte für jeden Schüler, jede Schülerin und jede Lehrkraft – Lernmittelfreiheit auf digitale Lernmittel ausweiten" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/5704 betreffend "Technologische Nachhaltigkeit der Lernwerkzeuge gewährleisten" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die Fraktion der CSU und die Fraktion der FDP. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion der AfD. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/5705 betreffend "Co-Finanzierung der IT-Betreuung an allen Schulen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/5706 betreffend "Konzept für den Mehrwert der digitalen Bildung für den gemeinsamen Unterricht vorlegen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen? – Das sind die FREIE-WÄHLER-Fraktion und die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/6566 betreffend "Digitale Grundbildung für alle Schülerinnen und Schüler" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das sind die FDP und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit kommen wir zur Mittagspause. Ich schlage vor, dass wir uns um 13:55 Uhr hier wieder treffen. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 13:24 bis 14:01 Uhr)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, Sie hatten eine angenehme Mittagspause; wir fahren nun in der Tagesordnung fort.